

## LESERBRIEFE

## Ja zur Wirtschaftsfakultät für Luzerner KMU

Wir Luzerner KMUs brauchen gute Kaderleute, egal ob diese auf dem dualen oder dem universitären Weg ausgebildet sind. Mir persönlich gefällt, dass die Universität Luzern eine schweizweit einzigartige Ausbildung zum Ökonomen mit solidem Grundwissen schaffen will. Dabei gibt es verschiedene Schwerpunkte wie einen Masterlehrgang Unternehmertum mit Betreuung durch einen erfahrenen KMU-Chef, einen politischen Ökonomen oder erweiterter Ausbildung im Bereich Gesundheitswissenschaften.

Die neue Wirtschaftsfakultät stimmt auch finanziell: Im Jahr 2014 studieren rund 750 Luzernerinnen und Luzerner in Bern, Zürich und St. Gallen Wirt-

schaft. Wir als Kanton Luzern müssen für jeden unserer Studierenden an einer ausserkantonalen Universität pro Jahr und Kopf 10000 Franken bezahlen. Mit einer neuen Wirtschaftsfakultät bleibt dieses Geld, das wir so oder so zahlen müssen, bei uns im Kanton Luzern. Mehr noch, jeder Student aus einem anderen Kanton hier in Luzern bringt uns die entsprechende Mehreinnahme. Der Aufbau der Wirtschaftsfakultät belastet den Steuerzahler nicht. Das Geld wird über Stiftungen, Firmen und Private beschafft. Das hat bereits bei der Gründung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät bestens funktioniert.

Es kommt zu keiner Konkurrenz mit der Fachhochschule. Üblicherweise absolviert ein Kantischüler nach erfolgreicher Matura ein Studium an einer Universität. Wer von der Berufsbildung her kommt, kann sich an der Fachhochschule weiterbilden. Künftig gibt es zwei gute, verschiedenartige Angebote, die sich nicht in die Quere kommen.

Als KMU-Unternehmer und Politiker aus dem Luzerner Hinterland, der Wirtschaft und Kanton weiterbringen will, sage ich überzeugt Ja zur Wirtschaftsfakultät.

Urs Marti,  
Unternehmer/Kantonsrat CVP, Zell

## Ja zum Uni-Gesetz – für Familien und Mittelstand

Am 30. November stimmen wir über das neue Uni-Gesetz ab. Es trägt den veränderten Bedürfnissen seit der Uni-Gründung vor 14 Jahren Rechnung und legt die Basis zur Schaffung einer Wirtschaftsfakultät. Trotz bestehendem Fachhochschulangebot in Luzern studieren heute 750 Matura-Absolventen an ausserkantonalen Universitäten. Einerseits verliert die Luzerner Wirtschaft dadurch laufend Nachwuchstalente. Zum andern würden der Mittelstand und insbesondere die Familien entlastet, wenn ihre Kinder im Kanton Luzern studieren könnten.

Inhaltlich überzeugt das Angebot der geplanten Wirtschaftsfakultät

durch das Synergiepotenzial der drei Schwerpunkte «Politische Ökonomie», «Gesundheitsmanagement» und «Unternehmerische Führung mit Unternehmerschule» sowie den hohen KMU-Praxisbezug. Die Zusammenarbeit mit den ansässigen Unternehmungen wird gestärkt. Im Gesundheitsbereich etwa mit den Spitalern, dem Paraplegiker-Zentrum in Nottwil und den Versicherungen.

Auch aus eigener Erfahrung (selber habe ich eine Berufslehre absolviert und später sowohl an der Fachhochschule als auch an der Uni studiert) kann ich bestätigen, dass aufgrund der unterschiedlichen Profile und Schwer-

punktsetzung keine unnötige Konkurrenzsituation zur Hochschule geschaffen wird. Im Gegenteil wird eine Lücke im Bildungssystem geschlossen. Jedes Bildungsangebot hat sinnvoll ausgestaltet seine Berechtigung, schafft Perspektiven und stärkt den Kanton Luzern. Zudem funktioniert die Koexistenz von Wirtschafts-Uni und Wirtschafts-Hochschule auch in andern Kantonen. Sagen wir Ja zur massvollen Weiterentwicklung der Uni und zur sinnvollen Ergänzung des Bildungsangebotes im Kanton Luzern.

Raphael Kottmann,  
Kantonsrat CVP, Oberkirch

## Verschwendung von Steuergeldern im Strassenbau (Teil 2)

Warum wird am Kreisel Wydenmatt beim Jumbomarkt in Willisau schon wieder gebaut? Dieser Kreisel wurde doch erst kürzlich fertiggestellt. Die Medienmitteilung der Dienststelle vif lautet wie folgt:

«Am Montag, 22. September 2014, starteten die Bauarbeiten beim Kreisel Wydenmatt in Willisau. Die Arbeiten sind nötig, da sich die bestehenden Randsteine durch darüberfahrende Fahrzeuge gelöst haben. Die Geometrie bei den Einfahrspuren wird optimiert und baulich angepasst. Während ca. zwei Wochen werden die Randsteine am Kreiselrand ausgebaut und die Betonplatte verbreitert.»

Kann man die ganze Sache nicht auch Fehlplanung nennen? Hat man

das vorher nicht gewusst? Das vif hat doch bereits viel Erfahrung im Kreiselsbau! Weitere Grundlagen sind die VSS-Norm 640.324 und die ATB-Norm 401.101, wie ich dem Internet entnehme.

Eine weitere Fehlplanung ist die neu erstellte Rösslikurve in Ettiswil. In dieser engen Kurve mit einer seitlichen Kiesinsel können zwei Lastwagen nicht mehr kreuzen, ohne dass sie sich streifen. Wütende Transportunternehmer haben mir mitgeteilt, dass sie sogar rückwärtsfahren mussten, um aneinander vorbeizukommen.

So etwas darf meiner Meinung nach einfach nicht passieren. Diese Fehlplanungen kosten den Steuerzahler Zehntausende von Franken!

Die Dienststelle vif ist eine unein-

nehmbare Festung. Sämtliche Argumentationen und Sparvorschläge werden immer wieder niedergeschlagen. Viele Bürger sind richtig wütend! Wann hat das endlich personelle Konsequenzen?

Adrian Scheiber, Unternehmer, Ettiswil

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen beschränken (2700 Zeichen). **wb**

## BRIEF

## aus dem Kantonsrat



Hans Aregger  
CVP, Buttisholz

Einmal mehr stehen in der Politik wichtige Weichenstellungen an, auf nationaler wie auf kantonaler Ebene. So diskutieren wir heute Dienstag im Kantonsrat über das von der Regierung

## Steuern gehören nicht ins Sparpaket

vorgeschlagene Sparpaket «Leistungen und Strukturen II». Ein Sparpaket, das eigentlich gar keines ist. Anpassungen der Steuerbelastung – und seien es noch so geringfügige – gehören in

eine Steuergesetzrevision und sicher nicht in ein «Sparpaket».

Der Kanton Luzern verfolgt unter dem Lead der CVP seit Jahren eine erfolgreiche Steuerstrategie und an dieser muss er in den Grundsätzen festhalten. Wer, wie wir, in den vergangenen Jahren die unteren und die mittleren Einkommen, aber auch die Unternehmen, substanzial entlastet hat, der kommt nicht darum herum, sich auch ernsthaft Gedanken über die Ausgaben zu machen. Leider tun wir das mit dem Paket «Leistungen und Strukturen II» nur ungenügend. Die Regierung schlägt uns ein Sammelsurium von Detailmassnahmen vor, deren Spareffekt in keinem Verhältnis zum provozierten Aufschrei in den Medien steht. Einschnidende Sparmassnahmen fehlen gänzlich. Von einer substanzialen Überprüfung der kantonalen Strukturen, wie es der Name des Pakets in Aussicht stellt, kann keine Rede sein. Ich befürchte, dass die Regierung mit

ihrem Sparpaket Schiffbruch erleiden wird.

Zu den eidgenössischen Abstimmungen: Reiche Ausländer werden in der Schweiz pauschal besteuert, weil Bund, Kantone und Gemeinden auf diese Weise effizient und nach klaren Regeln zu wichtigen Steuereinnahmen kommen. Weil die Pauschalbesteueren in der Schweiz nicht arbeiten und ihr weltweites Vermögen nicht effizient überprüft werden kann, ist es nur logisch und richtig, dass man schaut, wie viel sie bei uns ausgeben. Ein reicher Ausländer mit Villa, Swimmingpool und Limousine zahlt somit gleich viele Steuern wie ein reicher Schweizer mit Villa, Swimmingpool und Limousine. Dank der Pauschalbesteuerung, die in der Fachsprache eigentlich «Besteuerung nach Aufwand» heisst, kommen wir überhaupt ans Geld der reichen Ausländer und können Steuern einziehen, die wir sonst selbst berappen müssten. Und

mit «wir» meine ich vor allem die vielen KMU und den Mittelstand, die dank ihrem Steueraufkommen seit jeher dafür verantwortlich sind, dass es den Menschen in der Schweiz gut geht – allen Menschen. Diese Tatsache blenden die Befürworter der Pauschalbesteuerung-Initiative aus und führen unter dem Deckmantel einer diffusen Gerechtigkeitsidee einen ideologischen Grabenkampf. Das wird uns Steuerzahler alle sehr teuer zu stehen kommen. Umso mehr, als die Schweiz zurzeit in einem unerbittlichen internationalen Steuerwettbewerb steht und jede Schwächung der steuerlichen Rahmenbedingungen fatale Auswirkungen auf unseren hart erarbeiteten Wohlstand haben könnte. Ich höre lieber auf mein Portemonnaie als auf die linken Ideologen in unserem Land und sage deshalb klar Nein zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Nein sage ich auch zur Gold-Initiative. Die Schweiz ist zu Recht stolz

auf ihre Unabhängigkeit. Was für die Schweiz wichtig ist, ist auch für unsere Nationalbank absolut zentral. Heute kann sie unabhängig agieren und damit ihren Auftrag erfüllen: Den Franken schützen, die Preise stabil halten und gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft schaffen. Gold spielte in der Geldpolitik lange Zeit eine wichtige Rolle. Doch seit den Siebzigerjahren wurde diese Bedeutung immer kleiner und andere Instrumente wichtiger. Die Gold-Initiative ändert daran nichts, jedoch wird mit ihr unsere Nationalbank in Ketten gelegt. Sie könnte ihren Auftrag nicht mehr erfüllen. Aktuell müsste die Nationalbank auf einen Schlag für 65 Milliarden Franken Gold kaufen, um die Forderungen der Initiative zu erfüllen. Da dieses Gold nie mehr verkauft werden dürfte, könnte es auch nicht genutzt werden, um unsere Währung zu schützen. Wie ein Feuerlöscher, der bei einem Brand nicht benutzt werden darf. Das ist absurd!



Das Team der SWS Medien AG Werbung (von links): Rita Vogel (Innendienst), Martina Roos (Leitung Innendienst), Jörg Kuhn (Verkauf Seetaler Bote), Beatrice Künzle (Verkaufsleiterin), Peter Mehr (Verkauf Willisauer Bote/Dorf-Ziitig), Ramona Hodel (Verlagsleiterin) und Sabrina Schwen (Innendienst). Foto **wb**

## SWS Medien AG Werbung gegründet

**IN EIGENER SACHE** Wie bereits informiert, hat der Verwaltungsrat der SWS Medien AG Verlag gemeinsam mit der Geschäftsleitung entschieden, per 1. Januar 2015 die Vermarktung des Inseratenteils ihrer beiden Titel «Willisauer Bote» und «Seetaler Bote» in Eigenregie wahrzunehmen. Bisher war die Vermarktung per Pachtvertrag an die Publicitas übertragen worden.

Zu diesem Zweck wurde die SWS Medien AG Werbung gegründet. Sie ist – analog der SWS Medien AG Verlag und der SWS Medien AG Print – eine Tochter der Willisauer Bote Medien und Print AG. Die SWS Medien AG Werbung übernimmt per 1. Januar 2015 die Vollpacht unserer drei Titel Willisauer Bote, Seetaler Bote und Dorfziitig. Die neue Firma mit Sitz in Willisau wird auch Vermittlerdienste für andere Titel anbieten.

Das neue Verkaufsteam besteht aus:

> Beatrice Künzle, Luzern, Verkaufsleiterin;

> Peter Mehr, Zell, Verkauf Willisauer Bote/Dorf-Ziitig;  
> Jörg Kuhn, Meisterschwanden, Verkauf Seetaler Bote;  
> Im Innendienst tätig sind Martina Roos (Leitung), Sabrina Schwen und Rita Vogel.

Die Mitarbeitenden der SWS Medien AG Werbung sind Verlagsleiterin Ramona Hodel unterstellt.

An der Willisauer Gewerbeausstellung WIGA vom 6. bis 9. November wird sich die neue Firma am Stand Willisauer Bote & SWS Medien AG Print erstmals öffentlich präsentieren.

Die SWS Medien AG Verlag ist überzeugt, mit dieser Neuausrichtung die Voraussetzungen zu schaffen, um flexibler auf die raschen Veränderungen im Werbemarkt reagieren zu können und die wirtschaftliche Grundlage ihrer Lokalzeitungen für die Zukunft zu stärken.

SWS Medien AG Verlag  
Verwaltungsrat und Geschäftsleitung

## Ecopop als Utopie

Die Ecopop-Initiative will nicht nur die Einwanderung, sondern das Wachstum überhaupt begrenzen. Das ist gefährlich. Zwar sind dem quantitativen Wachstum klare Grenzen gesetzt. Wir benötigen aber ein qualitatives Wachstum, um die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die Ecopop-Initiative ist extremer und weniger flexibel als die Masseneinwanderungsinitiative. Ihre Annahme würde einen volkswirtschaftlichen Schock auslösen. Die Staatseinnahmen gingen zurück, die

Handlungsfähigkeit der Schweiz und ihrer Kantone und Gemeinden würde beeinträchtigt, wenn Konzernzentralen wegzögen und viele kleine und mittlere Betriebe durch den Wegfall der Bilateralen unter Druck kämen. Aus meiner Sicht ist klar: Die Ecopop-Initiative ist nicht nachhaltig. Sie schwächt nur unsere Fähigkeit, Probleme mit Erfindergeist und Kreativität zu lösen.

Damian Müller, Kantonsrat FDP, Die Liberalen, Hitzkirch